



Elisabeth Jeggle

Ihre Stimme in Europa



Infobrief aus Straßburg 10. - 14. Dezember 2012

Bericht zu Antibiotikaresistenzen in der EU

Das Europäische Parlament verabschiedete am Dienstag mit großer Mehrheit einen Bericht zur wirksamen Bekämpfung von Antibiotikaresistenzen.

In diesem Bericht werden gute und wichtige Forderungen gestellt, die den Verbrauch und die Kontrolle von Antibiotika in der Human- wie auch in der Tiermedizin verbessern sollen. Dies ist angesichts der Vielzahl an Todesfällen in der EU, die auf solche Resistenzen zurückzuführen sind, dringend notwendig.



Unkritischer Verschreibung und Einnahme von Antibiotika in der Humanmedizin muss entgegengewirkt werden und gleichzeitig soll die Gesellschaft für die Risiken von Antibiotika besser sensibilisiert werden.

Gleiches gilt für die Tiermedizin, wobei hier insbesondere an einer EU-weiten Datenbank gearbeitet wird, damit vergleichbare Zahlen in den Mitgliedstaaten speziell für Nutztiere vorliegen werden.

Aufgrund der Forderung, in der Tiermedizin die Verschreibung strikt vom Verkauf zu trennen, habe ich dem Bericht nicht zugestimmt, obwohl er im Übrigen richtige Forderungen enthält. Der Landwirt müsste die Medikamente dann über Dritte erwerben. Bei akuten Entzündungen muss der Landwirt jedoch direkt Zugang zu den notwendigen Medikamente haben. Zudem wird die Kontrolle unübersichtlicher, je mehr Parteien in Verschreibung und Verkauf involviert sind.

Bei diesem Bericht des Parlaments handelt es sich um einen Initiativbericht, der keine direkten rechtlichen Auswirkungen haben wird, sondern den Willen des Parlaments für zukünftige Gesetzesvorschläge zum Ausdruck bringt. Mehr Infos finden Sie [hier](#).

Schaffung eines einheitlichen Patentschutzes in der EU

Das Europäische Parlament hat am vergangenen Mittwoch den Weg zur Schaffung eines einheitlichen Patentschutzes in der Europäischen Union frei gemacht.

Bislang muss ein Patent in jedem einzelnen Mitgliedstaat der Europäischen Union einzeln angemeldet und entsprechend in die Landessprache übersetzt werden. Ein Patent für die gesamte Europäische Union anzumelden kostet deshalb derzeit bis zu 30.000 Euro. Mit der Schaffung des einheitlichen Patenten ist es von nun an ausreichend, das Patent in einer der Verfahrenssprachen des Europäischen Patentamtes (also Englisch, Deutsch oder Französisch) zu veröffentlichen. Dadurch können die Kosten für ein Patent in der ganzen EU auf unter 5.000 Euro gesenkt werden. Zudem wird künftig ein spezielles Patentgericht für Patentklagen zuständig sein, dessen Entschlüsse ebenfalls allgemein gültig sind und nicht mehr in jedem Staat einzeln eingeklagt werden müssen. Das Übereinkommen zum Patentgerichtshof wird auch von einigen nicht EU-Staaten wie der Schweiz mitgetragen.



Die Schaffung dieses einheitlichen Patents und des Patentgerichtshofes kommt insbesondere kleinen und mittelständischen Unternehmen zugute. Diese konnten bislang aufgrund der hohen Kosten ihre Innovationen oftmals nicht in ganz Europa schützen lassen.

Für das Land der Tüftler und Erfinder, wo der Mittelstand eine herausragende Stellung einnimmt und so viele Patente wie nirgends sonst angemeldet werden, wird diese Verordnung viele wichtige Vereinfachungen bringen. Zusätzliche Informationen [hier](#).

Europaparlament stimmt für Freihandelsabkommen mit Peru und Kolumbien

Am Dienstag stimmten wir im Plenum in Straßburg mit großer Mehrheit für ein Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Peru/Kolumbien. Durch das Abkommen werden Zölle zwischen den Vertragspartnern fast vollständig abgebaut. Dies führt zu einer wirtschaftlichen und dadurch politischen Stabilisierung der beiden Andenstaaten. Gleichzeitig baut die EU mit der Erschließung dieser wichtigen und schnell wachsenden Märkte ihre Präsenz auf dem südamerikanischen Kontinent aus.

Auch ich habe mich bewusst für dieses Abkommen ausgesprochen, da das verstärkte europäische Engagement in Peru und Kolumbien nicht nur Arbeitsplätze schafft und vermehrt Investitionen aus den Mitgliedstaaten anregen wird, sondern auch die dortigen Volkswirtschaften diversifizieren wird. Des Weiteren rechnen wir mit Ersparnissen von bis zu 500 Millionen Euro jährlich für alle beteiligten Parteien.



Noch wichtiger als die ökonomischen Vorteile des neuen Abkommens, ist für mich der Einfluss, den die Europäische Union auf die Entwicklung der dortigen Zivilgesellschaft ausüben wird. Sowohl die Einhaltung der Menschenrechte, als auch hohe Umweltschutzstandards sind im Abkommen als klare Voraussetzung für die Zusammenarbeit festgehalten. Weiterhin verpflichten sich die beiden Länder durch den Vertrag zu festem Dialog mit Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen und Kirchen. Ich werde die Umsetzung der Vertragsbedingungen äußerst genau und kritisch verfolgen. [Hier](#) finden Sie Näheres zur Thematik.

Friedensnobelpreis

Am Montag, den 10.12.12 wurde der Europäischen Union in Oslo der Friedensnobelpreis verliehen. Entgegengenommen von Ratspräsident Herman van Rompuy, Kommissionspräsident José Manuel Barroso und Parlamentspräsident Martin Schulz, ging der diesjährige Preis zum ersten Mal in seiner 111-jährigen Geschichte an eine parlamentarische Institution und ihre Bürger: die Europäische Union. Begründet wurde die Verleihung mit dem Einsatz der EU für die Wahrung des Friedens seit über 60 Jahren, und die strikte Einhaltung und Orientierung an den Menschenrechten und deren Sicherung in der Welt.



Die EU hat mit Stavros Lambrinidis seit diesem Jahr erstmals einen Sondergesandten für Menschenrechte, der sich für die Wahrung von Grund- und Menschenrechten in Drittländern einsetzt. Die Entwicklung der EU und ihrer Friedenspolitik ist beachtlich, bedenkt man die kriegerischen Zustände in denen sich Europa noch vor 70 Jahren befand. Gemeinsam haben wir ein Nationenbündnis geschaffen, das sich in Wohlstand und Solidarität gegenseitig stützt. Ich möchte deshalb dieses aktuelle Ereignis zum Anlass nehmen, Ihnen Allen zu diesem Erfolg zu gratulieren, denn Frieden ist ein hohes Gut, und kann nicht als selbstverständlich erachtet werden. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Frohe Weihnachten und ein gutes neues Jahr!

Gemeinsam mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wünsche ich Ihnen von Herzen ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest. Weiterhin wünschen wir Ihnen, dass Sie eine ruhige und geruhsame Zeit im Kreise Ihrer Familie und Freunde verbringen können. Starten Sie gut in ein erfolgreiches und gesundes Neues Jahr!

Ihre Elisabeth Jeggle
mit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Weingarten und Brüssel



mit herzlichen Grüßen
Ihre Elisabeth Jeggle

Elisabeth Jeggle MdEP

Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

Anschrift Europäisches Parlament

Europäisches Parlament
Rue Wiertz – ASP 10E 209
B-1047 Brüssel

Tel. 0032 - 2 - 284 5351

Fax 0032 - 2 - 284 9351

elisabeth.jeggle@europarl.europa.eu

Anschrift Europabüro

Elisabeth Jeggle
Bahnhofstr. 8
D-88250 Weingarten

Tel. 0751 - 560 92 530

Fax 0751 - 560 92 550

kontakt@euroeggle.de

**Elisabeth Jeggle,
Mitglied des Europäischen Parlaments**

